

## Replik

# Die Relationen wahren

Abgesehen vom Extremereignis in der Ukraine steigen die Asylgesuche nicht signifikant. Und die Schweiz ist Europameisterin, was Rückführungen anbetrifft.

Daniel Winkler

Der Beitrag von Kurt Fluri und Béatrice Acklin Zimmermann vom Thinktank Liberethica im «Bund» vom 28. Oktober enthält qualitative Mängel und unrealistische, wenn nicht zynische Schlussfolgerungen.

Von der Aussage, «dass die unbefriedigende Rückführungspraxis und der signifikante Anstieg der Asylgesuche in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend für Verunsicherung und Angst sorgen», ist mit Sicherheit der erste Teil nicht richtig. Die Schweiz ist Europameisterin, was Rückführungen anbetrifft. Die Asylgesuche steigen, abgesehen vom Extremereignis in der Ukraine, nicht wirklich signifikant: Im Jahr 2022 kamen 75'000 Menschen aus der Ukraine in die Schweiz, zuzüglich 25'000 Menschen aus Drittstaaten. In diesem Jahr werden 28'000 bis 30'000 Asylgesuche erwartet. Das sind viele Menschen. Die Relationen aber müssen gewahrt bleiben. Es sind in die-

## Weshalb sollte sich die EU auf eine weitere Rosinenpickerei der Schweiz einlassen?

sem Jahr 0,3 Prozent neue Asylsuchende im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Eine Mehrheit dieser Menschen sind Asylsuchende, die eine Flüchtlingsanerkennung oder eine vorläufige Aufnahme erhalten. Eine Minderheit von ungefähr 25 bis 30 Prozent erhält einen negativen Entscheid und gilt als «Armutsmigration».

Den Stein des Anstosses, den die Autoren nennen, nämlich dass rund 40'000 rechtskräftig Abgewiesene, d. h. «vorläufig Aufgenommene» derzeit nicht zurückgeschafft werden können, zeigt mangelnde Kenntnisse der Asylpraxis. Bei vorläufig Aufgenommenen ist eine Rückkehr im Moment unmöglich oder unzumutbar. Es sind Menschen, die vor Kriegen, Bürgerkriegen oder repressiven Regimes Schutz suchen, auch wenn sie nicht unmittelbar und persönlich gefährdet, direkt politisch oder religiös verfolgt sind, wie es die Genfer Flüchtlingskonvention fordert. Sobald sich die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern ändern, werden sie möglicher-

weise zurückkehren, wie das im Balkan zum Teil auch der Fall war.

Dass die vorläufig Aufgenommenen «Nothilfe» erhalten, ist nicht korrekt. Sie erhalten wenn nötig Asylsozialhilfe, dürfen arbeiten und am gesellschaftlichen Leben partizipieren. Anders die 4000 bis 5000 Asylsuchenden mit einem Negativentscheid oder Nichteintretensentscheid, die im Moment als Nothilfebeziehende gelten. Sie leben in Rückkehrzentren und dürfen nicht arbeiten. In dieser Gruppe bleiben Menschen mit erschwerten Rückkehrbedingungen über viele Jahre in den Strukturen des Nothilferegimes gefangen, unter anderem eritreische, iranische und tibetische Asylsuchende.

Die Idee, dass die Schweiz Asylverfahren in Asylverfahrenszentren im Schengen-/Dublin-Raum auslagern kann, ist wenig realistisch. Weshalb sollte sich die EU auf eine weitere Rosinenpickerei der Schweiz einlassen? Ausserdem

ist es für das reichste Land der Welt beschämend, Verantwortung für vulnerable Menschen abzuschieben und ihre Ghettoisierung zu fördern.

Dass die Asymigration für Verunsicherung und Angst in der Bevölkerung sorgt, ist unserer grössten Partei zuzuschreiben. Sie versteht es seit Jahren in virtuoser Weise, Vorurteile und Ressentiments gegen Flüchtlinge und Ausländer zu bewirtschaften. Dieses Geschäftsmodell der SVP auf dem Rücken der Schwächsten ist eine der hässlicheren Ausprägungen des politischen Lebens der Schweiz. Dass die SVP dabei geschickt Asymigration und Arbeitsmigration vermischt, ist besonders stossend. Unsere Volkswirtschaft würde ohne Arbeitsmigration, die als die einzig substantielle Treiberin für eine 10-Millionen-Schweiz gilt, signifikant leiden. Wollen wir das wirklich? Will das die SVP?

Daniel Winkler ist Pfarrer in Riggisberg und engagiert sich stark in der Flüchtlingsarbeit.

## Brief an die Redaktion

Überrissene Preise: Medizinkonzerne zocken die Prämienzahlenden ab «Bund» vom 30. Oktober

### Das Nichtwissen ist erschreckend

Einzelne medizintechnische Geräte werden in der Schweiz zu teilweise völlig überhöhten Preisen verkauft. Der Anbieter eines Herzschrittmachers erreicht dies mit Verträgen, die es den Käufern, Spitälern oder Ärzten, verbieten, den vereinbarten Preis bekannt zu geben. Dem Käufer wird der hohe Preis mit Sponsoring für irgendwelche Zwecke versüsst. Das läuft im Rahmen liberaler, aber so vor allem einseitig gewinnbringender Marktwirtschaft. Einiige Akteure weisen schon länger, aber ohne grossen Erfolg auf diesen Missbrauch hin. Erschreckend ist das Nichtwissen oder nicht Hinschauen der für die Kostenkontrolle im Gesundheitswesen Verantwortlichen, so das BAG, die Krankenkassen, die Spitäler und Ärzte. Mit wirksamen Massnahmen gegen solchen Missbrauch liesse sich der jährliche Anstieg der Krankenkassenprämien wohl mindestens so gut dämpfen wie die bundesrätliche Ermahnung, weniger rasch zum Arzt zu gehen oder Tarife bei ärztlichen Leistungen oder im Laborbereich zu senken.

Markus Blum, Oey